Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 25 (1922-1923)

Artikel: Schweizerische Politik
Autor: Mori, P.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-749946

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

blick, in dem sie sich ändert, neue Ziele verordnet, und es ist nur ein anderer Ausdruck, wenn wir sagen, dass sie das Ganze sei, dessen Einfluss die Formgestaltung und die Leistungsgestaltung des Lebens regiere.

RÜSCHLIKON ADOLF KOELSCH

SCHWEIZERISCHE POLITIK

Jahrzehntelang wurde die eidgenössische Politik von der freisinnig-demokratischen Partei geleitet. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde die reine Politik (letzte Errungenschaft: Wahl des Nationalrates nach Proporzsystem) immer mehr von der Sozialpolitik (Kranken- und Unfallversicherung, Alters- und Invalidenversicherung) und den Bestrebungen, die nach einer Vereinheitlichung des Rechtes drängten (eidgenössisches Zivilgesetz, eidgenössisches Strafgesetz) abgelöst.

Wie nicht anders zu erwarten war, rückte der Krieg mit Naturgewalt das Wirtschaftliche in den Vordergrund. Die heutige Politik ist Wirtschaftspolitik; wirtschaftliche Probleme und Fragen beherrschen das politische Denken. So wurde und wird die Bundesversammlung immer mehr zu einem Wirtschaftsparlament, in dem Klassenvertreter sitzen (Vertreter der Arbeiter, des Gewerbes, der Landwirtschaft, der Industrie). Aber es wäre verfehlt, zu glauben, dass nun die zwei großen wirtschaftlichen Lebensauffassungen: Liberalismus und Sozialismus,um die Siegespalme ringen würden. Die eidgenössische Politik ist krass ausgeprägte Gruppenpolitik; alle Mittel sind gut,wenn die Interessen einer Erwerbsgruppe befriedigt werden sollen. Zwei politische Parteien (die Ziele kleinerer Parteien wie Kommunisten, Grütlianer, Freigeldleute werden in dieser knapp gehaltenen Betrachtung nicht berücksichtigt) haben eine Lebensauffassung und streben nach Verwirklichung ihrer Ideale: die sozialdemokratische und die katholisch-konservative Partei. Die sozialdemokratische Partei stützt sich noch heute auf den Marxismus und erstrebt die Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der gesamten Gesellschaft. Sie hat ihre Stoßrichtung nur dahin abgeändert, dass sie auf eine Verstaatlichung der Produktion drängt (Getreidemonopol). Die Zielstrebung

der katholisch-konservativen Partei wird schon durch den Namen begrifflich erfasst: Eine grundsätzlich liberale Lebensauffassung wird mit ethischen, religiösen, konfessionellen und sozialen Begriffen zu einem einheitlichen, auf den bestehenden Grundlagen beharrenden Ganzen verschmolzen. Als kleine Gruppe, die weiß, was sie will, seien die westschweizerischen Liberalen erwähnt, die zum politischen und wirtschaftlichen Liberalismus schwören, der Sozialdemokratie und dem Staatssozialismus direkt entgegengesetzt sind, infolge ihrer Schwäche abar keinen großen Einfluss ausüben können, wenigstens in den Ratsälen nicht. Dagegen liegt ein gelegentliches Zusammengehen der katholisch-konservativen mit der sozialdemokratischen Partei im Bereiche des Möglichen; so wurde z. B. bei der Beratung des Fabrikgesetzes der Vermittlungsvorschlag Walther (Luzern) angenommen, der die Gültigkeitsdauer der neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit beschränkt. Die andern politischen Parteien (freisinnig-demokratische, Bauern- und Gewerbe- und die mehr in der Ostschweiz verankerte demokratische Partei) stehen nicht auf dem Boden einer abgeklärten Lebensauffassung, sollten deshalb auch reine Klasseninteressen verfechten. Die freisinnig-demokratische Partei will das nicht und wird so vom Winde hin und her bewegt, von Fall zu Fall sich neu orientierend. Sie hat nur noch Bestand, weil die Verwirtschaftlichung der Politik nach der Lostrennung der Bauern und Handwerker keine größeren Fortschritte mehr gemacht hat.

Bauern und Handwerker vertreten reine Interessenpolitik mit eiserner Konsequenz. Sie haben zurzeit den größten Einfluss auf die Wirtschaftspolitik des Landes; ihre Stellungnahme ist für die wirtschaftliche Weiterentwicklung entscheidend. Andere Wirtschaftsverbände haben es unterlassen, sich politisch zu organisieren. Die Konsequenz der Bauern- und Gewerbepartei führt aber häufig zu merkwürdigen politischen Konstellationen, die der Komik nicht entbehren und auf parteilose Bürger einen peinlichen Eindruck machen. Unsere Schweizerbauern sind liberal. Der Staat soll sich nicht in ihre Angelegenheiten mischen. Leider haben sie jedoch einen Führer, dessen Glaubenssätzen sie sich unterordnen müssen. Die rege Phantasie und der Feuereifer des Führers zeitigen unglaublich ver-

worrene Situationen. So wurde z. B. in allen Tonarten das hohe Lied von eidgenössischem Brot gesungen: das Getreidemonopol allein bringe dem Land die Sicherheit nach außen und einen gerechten Getreidepreis nach innen (Inlandsgetreide). Folgerichtig glaubte die Bundesverwaltung zu handeln, indem sie nun auch die Monopolisierung anderer Produktionszweige vorschlug. Um mehr Steuern einzuheimsen, wurde die Erweiterung des Alkoholmonopols vorgeschlagen. Darob maßloses Erstaunen und schärfste Opposition seitens der Bauern. Das Getreide lassen sie sich willig nehmen, das bringt ihnen Gewinn, die Obsttrester niemals, das ist Staatssozialismus in höchster Form. Reine Interessenpolitik führt zu unhaltbaren Zuständen. Eine politische Partei, welche die Geschicke des Landes lenken will, muss wenigstens zu einer bestimmten Staatsform stehen, nicht heute entschiedener Befürworter einer Wirtschaftsorganisation, morgen der größte Gegner sein.

Und ... wie die politischen Parteien, so ist die politische Tagespresse. Die Gesetzesentwürfe werden von Führern gemacht, in Volksversammlungen werden die Parteimitglieder bearbeitet. Die Presse nimmt einseitig Stellung; eine Diskussion, wie es in einem Volksstaat erstes Gebot sein müsste, wird verhindert. Die Opposition wird ganz einfach unterdrückt.

Und dann die Abstimmungen? Die Bearbeitung der Wählermassen hat immer etwas Demagogisches. Die Massen werden aufgepeitscht, aufgerüttelt. Von sachlicher Aufklärungsarbeit keine Spur. Wenn ein Gesetzesentwurf gut und im Interesse des Volkes ist, warum darf dann das Für und Wider nicht in breitester Öffentlichkeit abgewogen werden? Warum werden die Gegner zum Schweigen verurteilt? Ein gutes Gesetz empfiehlt sich von selbst. Es steht bitterbös um die politische Presse, von der jede freie Meinungsäußerung ganz einfach unterdrückt wird. Und immer wird die Opposition mit Schlagwörtern mundtot gemacht.

Bei Wahlen ist dann jede Stimme wieder gut genug. Fehlt die Zugkraft, so wird öffentlich und in Vertrauensmännerversammlungen (du herrliches Wort!) über die Saumseligkeit, Gleichgültigkeit der Wähler und die Dummheit der Parteilosen geschimpft. Als ob es jedermanns Sache wäre, die Seiltänzer-

künste der heutigen Parteien mitzumachen. Die politischen Parteien mögen sich nicht täuschen. Die Zahl der Parteilosen nimmt zu. Schon bilden sie eine Macht. Das bernische Gewerbegesetz ist von den Parteilosen zu Fall gebracht worden, die sozialdemokratische Partei allein wäre zu schwach gewesen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Wirtschaftspolitik, so wie sie gegenwärtig verstanden wird, die Existenz des Schweizervolkes immer mehr untergräbt. Es sei erinnert an die Zonenfrage, das Problem der Rheinschiffahrt, die Unterhandlungen mit Deutschland zwecks Sanierung der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften, an das Münzabkommen usw. Eine Niederlage um die andere. Weitere werden folgen. Im Osten unserer Grenze vollzieht sich zurzeit ein Auftakt zu neuen politischen Orientierungen. Die Schweiz dürfte wieder das Vergnügen haben, die Folgen von Beschlüssen und Abmachungen zu tragen, die andere Staaten über ihren Kopf hinweg fassen werden. Wenn wir zurückdenken an die Zeiten des Neuenburgerhandels, der Savoyerfrage, der Wohlgemutsaffäre, so müssen wir gestehen, dass die Zeiten sich geändert haben.

Kritik ist leicht! Mit nichten. In politischen Fragen steht jeder Kritiker einer mächtigen Phalanx großer Parteien gegenüber. Schweigen ist Gold. Aber wer Tag für Tag zuhören muss, wie das Wort „Vaterland" nicht etwa nur politisches Schlagwort wird ... das ist es längst ..., sondern wie es gebraucht und missbraucht wird in Verfolgung eigennütziger Ziele, dem steigt gelegentlich die Schamröte ins Gesicht.

Das dürfen wir heute von unseren Ahnen lernen: Größe und Untergang eines Volkes werden durch Taten entschieden, nicht durch Worte. Und das Wort „Vaterland" erhält einen schlechten Klang, wenn es auf der Zunge schwebt und nicht mehr aus des Herzens tiefsten Tiefen kommt.

Was dem Schweizervolk heute nottut, ist weniger, aber dafür zielbewusste Politik, nicht Personen- und Wahlpolitik, sondern gesunde Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in ihrer Folgerichtigkeit sich auswirkt und vor den Nachkommen bestehen kann. Prinzipien-Politik treiben nur die katholisch-konservative und die sozialdemokratische Partei, das sei wiederholt. Die

andern großen Parteien bewegen sich in einem Wirrwarr von Widersprüchen, so dass Parteimitglieder vollständig im Konflikt mit der Parteileitung stehen. In Wirtschaftsfragen sollen die politischen Parteien durch einen Wirtschaftsrat ersetzt werden. Alles ist möglich, auch ein solcher Wirtschaftsrat, aber er wird ohne jeden Einfluss auf die Entscheide sein. Es ist auch eine Liga für Wirtschafts- und Handelsfreiheit gegründet worden, sie scheint aber doch in einer Überfülle von Ideen stecken zu bleiben.

Es ist nicht möglich, die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, die in einer Jagd nach eidgenössischen Subventionen ihr Ziel sieht, auf die Dauer fortzusetzen. Über kurz oder lang muss sich eine starke Opposition geltend machen. Aber diese Opposition, im Fahrwasser der Parteilosigkeit schwimmend, kann höchstens bei Abstimmungen ihre Meinung festlegen.

In vielen Kantonen werden die Stimmberechtigten, die von der Richtigkeit der liberalen Idee überzeugt sind, in das Lager der Parteilosen gedrängt, weil sie sich keiner anderen Partei anschließen können.

Ebensowenig können zahlreiche sozial denkende Stimmberechtigte, die im Lager der Sozialdemokraten nicht mitmachen wollen, sich Geltung verschaffen. Es sei nur erinnert an die große Zahl von Beamten, die hin und her gestoßen werden.

Die zahlreichen über das ganze Land zerstreuten Angestelltenverbände sind parteilos und nehmen nur Stellung zu Fragen, die sie direkt berühren, so z. B. gegen die Lex Häberlin. Würden sie eine schweizerische demokratische Partei gründen mit einer einzigen gutgeleiteten Tageszeitung, die sich glänzend rentieren müsste, so könnte die neutrale Stellung der Verbände gewahrt werden. Aber noch sind die nicht sozialdemokratisch organisierten Angestellten und Beamten viel zu wenig entschlossen in ihren politischen Unternehmungen.

Auf alle Fälle bleibt dies Eine: Ein unparteiischer Beobachter kann der gegenwärtigen politischen Parteigruppierung nicht zustimmen und noch viel weniger vermag er einer Wirtschaftspolitik zu folgen, die im Namen des „Vaterlandes" das Vaterland Gott weiß wohin führt.

BERN P. MORI